

Safer Internet Day 2010 - Grundrechte für Internet gefordert

Beigesteuert von vzbv
Dienstag, 9. Februar 2010

Der Safer Internet Day ist ein von der Europäischen Union initiiertes weltweites Aktionstage für mehr Sicherheit im Internet und findet jeweils im Februar statt. Tausende Veranstaltungen in über 60 Ländern stellen das Thema Internetsicherheit in den Mittelpunkt und erinnern daran, dass hier noch viel zu tun ist. Zum Safer Internet Day 2010 fordert der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) Grundrechte für das Internet.

Safer Internet Day 2010 - Grundrechte für Internet gefordert
Der Safer Internet Day ist ein von der Europäischen Union initiiertes weltweites Aktionstage für mehr Sicherheit im Internet und findet jeweils im Februar statt. Tausende Veranstaltungen in über 60 Ländern stellen das Thema Internetsicherheit in den Mittelpunkt und erinnern daran, dass hier noch viel zu tun ist. Anlässlich des Safer Internet Day 2010 verbreitet der Verbraucherzentrale Bundesverband (VZBV) folgenden Artikel:

Politik muss Grundrechte im Internet etablieren

Soziale Marktwirtschaft 2.0 für eine sichere digitale Zukunft
Berlin, 09.02.2010 (vzbv) - Mehr Engagement von Politik und Wirtschaft beim Datenschutz im Internet fordert der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). "Politik und Wirtschaft können die Verantwortung nicht allein auf die Nutzer abwälzen", erklärt Vorstand Gerd Billen zum Safer Internet Day 2010. Elementare Mindeststandards müssten in eine Art Grundgesetz für das Internet gegossen werden, ein staatliches Siegel müsse vertrauenswürdige Internetangebote ausloben. "In Analogie zum Web 2.0 brauchen wir eine Soziale Marktwirtschaft 2.0, damit die Prinzipien der sozialen Marktwirtschaft endlich auch in der digitalen Welt gelten", so Billen.

Der Safer Internet Day 2010 steht unter dem Motto "Think before you post", also "Erst denken, dann veröffentlichen". "Natürlich sollten Verbraucher sich genau überlegen, ob und wenn ja, welche Informationen sie wem online zur Verfügung stellen", sagt Billen. "Aber das entlastet die Politik und die Internetbranche nicht aus der Pflicht, mehr für den Schutz persönlicher Daten im Netz zu unternehmen. So erlaubt das Datenschutzrecht nach wie vor die Sammlung und Nutzung persönlicher Daten auch ohne ausdrückliche Zustimmung der Verbraucher. Überdies werden Verbrauchern häufig Einwilligungserklärungen untergeschoben, die im Kleingedruckten versteckt oder so formuliert sind, dass Verbraucher sie selbst streichen müssen.

Klare Rahmenbedingungen vom Staat

Die in der zurückliegenden Legislaturperiode vorgenommenen Verbesserungen bei der Datenschutzgesetzgebung waren nach Ansicht des vzbv lediglich der Auftakt notwendiger Verbesserungen. "Es fehlt eine klare Strategie, wie die Daten der Verbraucher tatsächlich geschützt werden", meint Billen und fordert vom Staat klare Rahmenbedingungen, damit sich nicht nur IT- und Rechtsexperten sicher im Netz bewegen können. Als zentrale Rahmenbedingung nennt er das generelle Verbot der Weitergabe von Daten ohne ausdrückliche Einwilligung. Billen: "Ein effektiver Verbraucherdatenschutz ist für einen funktionierenden Markt in der Informationsgesellschaft unerlässlich".

Surfer haben Rechte

Der Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) informiert Verbraucher auf der Website www.surfer-haben-rechte.de über ihre Rechte und Pflichten zu Datenschutz, Kaufrecht, Urheberrecht und Jugendschutz. Das Projekt "Verbraucherrechte in der digitalen Welt" wird durch das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) gefördert.

[Link zur Charta der Rechte der Verbraucher in der digitalen Welt](#)